

Sie kämpft gegen den Lehrermangel

Mit Berufsmatur an PH Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat ein klares Ziel: Sie möchte, dass künftig auch Berufsmaturanden den Lehrerberuf machen dürfen. Es gibt jedoch Widerstände.

Benjamin Wirth

Wenn in ein paar Tagen die Sommerferien zu Ende gehen und die Schule wieder beginnt, dann stehen die Baselbieter Gemeinden abermals vor der Frage: Können alle Lehrerveranstaltungen auf Primarstufe besetzt werden?

Die Personalsituation ist nach wie vor angespannt. Im Mai hat eine Umfrage der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) ergeben, dass kantonsweit 43 Stellen offen sind. Sogar in der grössten Gemeinde Allschwil musste die Schulleitung bis im Juli noch Bewerbungsgespräche führen, um alle Posten zu besetzen.

Mit ein Hauptgrund für das sinkende Interesse am Lehrerberuf: Kaum ein anderer Beruf ist in den vergangenen Jahrzehnten derart akademisiert worden. Zugelassen fürs Studium an der Pädagogischen Hochschule (PH) der vierkantonalen Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) ist aktuell nur, wer eine gymnasiale Matur oder eine Fachmatur im Bereich Pädagogik vorweisen kann. Selbst wer auf der Unterstufe der Primarschule oder auf Kindergarteniveau unterrichtet, braucht einen Hochschulabschluss.

«Ein wichtiger Turnaround»

Für die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP): ein Missstand. Seit längerem fordert sie deshalb, dass künftig auch Berufsmaturanden diese Ausbildung machen können. Gemäss Informationen dieser Redaktion hat sie schon 2021 bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren einen entsprechenden Antrag gestellt, der jedoch abgelehnt wurde.

Im Nachgang richtete sie sich an den Regierungsausschuss des Bildungsraums Nordwestschweiz,



Seit 2015 in der Baselbieter Regierung: Die Freisinnige Monica Gschwind. Foto: Nicole Pont

um die Zulassungsbewilligung regional anzupassen. Doch das Anliegen wurde aufgrund verschiedener nationaler Vorstösse kürzlich siliert. Im letzten Herbst lehnte der Ständerat beispielsweise eine Motion ab, die den prüfungsfreien Zugang mit der Berufsmatura zu Pädagogischen Hochschulen gefordert hätte.

Mittlerweile scheint die kleine Kammer die Meinung aber geändert zu haben: Nachdem der Ständerat Ende Mai einer Ständesininitiative aus dem Kanton St. Gallen zugestimmt hat, die den Zugang zur Lehrerausbildung erleichtern will, kommt auf nationaler Ebene nun Schwung in die Sache. Für Maya Graf (Grü-

ne), die Baselbieter Vertreterin im Stöckli, die sich in Bundesbern für das Anliegen einsetzt: «Ein wichtiger Turnaround.»

Jetzt muss sich die Bildungskommission des Nationalrats mit der Thematik beschäftigen. Ausgang: offen. Das Anliegen, das Gschwind mit als Erste auf den Tisch gebracht hat, ist nämlich umstritten. SP-Landrätin Miriam Locher sagte in der BaZ etwa: «Um dem Lehrermangel zu begegnen, ist es der falsche Weg, die Ausbildungsanforderungen herunterzusetzen. Eher sollten die Arbeitsbedingungen in der Branche verbessert werden.» Sie findet: «Wenn Berufsmaturanden an die PH dürften, müsste

ein neuer, spezieller Lehrgang geschaffen werden, um vorhandene Defizite – Bereiche, in denen die jungen Erwachsenen an der FMS hingegen explizit ausgebildet werden – aufzufangen.»

Auch PH-Sprecher Christian Irgl von der FHNW gab bereits vor ein paar Monaten zu bedenken, dass «insbesondere im Bereich des Allgemeinwissens, aber auch in spezifischen Fächern wie Gestalten, Musik sowie Bewegung und Sport es Personen mit Berufsmaturität aufgrund ihrer Schulbiografie an Wissen und grundlegenden Kompetenzen fehlt, die für den Lehrerberuf vorausgesetzt werden». Gschwind lässt sich allerdings nicht beirren.

Keine akute Not auf Sekstufe

Während der Lehrermangel auf Primarniveau eklatante Züge erreicht, ist die Lage in der Sekundarschule weniger angespannt. Die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) gab vor kurzem bekannt, dass auf Sekstufe alle Stellen für das kommende Schuljahr besetzt worden sind. Zudem hat der Kanton einige Massnahmen getroffen, dem

Dass eine Berufsmatur trotz des zunehmend schwierigen Schulumfelds zur Lehrerausbildung reicht, ist für die Baselbieter Bildungsdirektorin unbestritten. Sie kämpfe weiter und setze sich für dieses Anliegen ein, betont sie – unter der Voraussetzung, «dass nicht vorhandene und unbedingt erforderliche Kenntnisse vor Aufnahme des Studiums erworben werden». Aus ihrer Sicht sollten die verschiedenen Ausbildungswege nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn sowohl «der allgemeinbildende als auch der berufspraktische Weg» hätten ihre Berechtigung. «Insofern», sagt sie, «ist die Forderung nach einem prüfungsfreien Zugang zur PH als Schritt zur gleichwertigen gesellschaftlichen Anerkennung zu betrachten.»

Im Gegensatz zu Schulabgängern mit Matura brächten Lehrer mit Berufsmatur einen reichen Schatz an Berufserfahrung mit – was angesichts der lauter werdenden Kritik, dass Lehrer immer häufiger immer weniger Bezug zur Berufswelt hätten, kein uninteressanter Aspekt ist. Das sieht auch Ständerätin Graf so. «Die Berufsmaturanden haben soziale Kompetenzen, Arbeitswelterfahrungen und ein Allgemeinwissen erwor-

Lehrermangel entgegenzuwirken. Berufseinsteigende Lehrer sollen auf der Sekundarstufe I eine engere und bessere Begleitung erhalten, wofür erfahrene Kollegen aufgeboten werden, die den Neuen helfen sollen. Und mit Beginn des Schuljahrs 2024/2025 startet ein Pilotprojekt mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden – also Quereinsteigern – an den Sekundarschulen. (bwi)

ben, das für die Aufnahme in ein pädagogisches Hochschulstudium nicht nur ausreicht, sondern auch gewinnbringend ist. Und wir sprechen über den Eintritt, nicht über das Studium selbst», sagt sie.

National oder kantonal

Mit ihrem Kampf gegen den Lehrermangel haben Graf und Gschwind indes nicht nur national, sondern auch regional einen konkreten (wenn auch kleinen) Erfolg zu verzeichnen.

Der Basler Neo-Erziehungsdirektor Mustafa Atici (SP) zeigt sich dem Anliegen seiner Amtskollegin gegenüber offen, wie er auf Nachfrage bekräftigt. Wie die BaZ weiss, werden die Trägerkantone gemeinsam mit der FHNW in der Leistungsauftragsperiode 2025–2028 prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine Liberalisierung der Zulassungsbestimmungen möglich ist.

Wenn nicht national, dann also kantonal: Bern beispielsweise hat es vorgemacht und die Zulassungsbestimmungen für die Ausbildung an seiner Hochschule bereits gelockert. In Baselland hat das Parlament in der Vergangenheit – zuletzt im November – zudem mehrere Vorstösse überwiesen, um den Druck aufrechtzuerhalten.